

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann SPD**

Flüchtlingsdrama in Bayern - Keine Zeltunterkünfte mehr

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass spätestens ab Ende September kein Flüchtling oder Asylbewerber im Freistaat in einem Zelt untergebracht ist.
2. Darüber hinaus fordert der Bayerische Landtag die Staatsregierung dazu auf, baldmöglichst verbindliche Aussagen dazu zu treffen, in welchen Gebäuden an welchen Standorten wieviele Plätze bis zu welchem Zeitpunkt neu geschaffen und welche bereits bestehenden Unterbringungsmöglichkeiten zum angegebenen Bestand von 3.500 Plätzen gezählt werden.
3. Der bayerische Landtag spricht allen hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen in der Beratung und Betreuung der Asylsuchenden und Flüchtlinge seinen Dank und Respekt für den unermüdlichen Einsatz aus und dankt den Kommunen und Landkreisen für die rasche Hilfe in dieser Notsituation, die durch die zu lange Untätigkeit der Staatsregierung ausgelöst wurde.

Begründung:

Der Kollaps des Systems zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Freistaat kommt nicht überraschend. Seit Jahren wird die Forderung nach einer Ausweitung der Unterbringungskapazitäten gestellt, die jedoch von den Regierungsfractionen immer abgelehnt wurde. Erst der Amtsantritt der neuen Sozialministerin brachte etwa Bewegung in die bayerische Asyl- und Flüchtlingspolitik - zumindest in der Rhetorik.

Der enorme Anstieg der Zahl von Menschen, die in Deutschland und damit auch in Bayern Zuflucht suchen, fällt angesichts des Entstehens von immer mehr Konfliktherden auf der Welt zwar höher als erwartet aus, kommt jedoch nicht überraschend. Bereits letztes Jahr hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) einen deutlichen Zuwachs von Asylanträgen für 2014 prognostiziert. Die Reaktionen der Staatsregierung auf diese Prognosen waren jedoch verhalten und zögerlich. Fast ein Jahr ist seit der Ankündigung neuer Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern verstrichen - und immer noch ist die Eröffnung der ersten Einrichtung nicht in Sichtweite.

Dieses jahrelange Wegschauen und jetzt zögerliche Handeln der Staatsregierung hat dazu geführt, dass der Ausbruch von Masern in der Bayernkaserne zu einer Situation im Freistaat führt, für die sich die CSU-Abgeordnete Dagmar Wöhl, die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) im Deutschen Bundestag, nach eigener Aussage schämt. Rund 2.000 Flüchtlinge und Asylbewerber müssen derzeit in Zirndorf und Nürnberg untergebracht werden. Die Einrichtung in Zirndorf ist auf 650 Personen ausgelegt. Folge der katastrophalen Überbelegung ist, dass mehrere hundert Menschen in Zelten schlafen müssen. An eine menschenwürdige Betreuung und Versorgung ist nicht zu denken.

Dieser Zustand ist nicht haltbar. Die Staatsregierung hat zwar angekündigt, bis Ende des Jahres 3.100 neue Plätze schaffen zu wollen - jedoch ohne Angabe davon, wo diese Plätze sein und wie sie beschaffen sein sollen. Unklar ist zudem, welche Unterbringungsmöglichkeiten die Staatsregierung zu den aktuell angeblich existierenden 3.500 Plätzen zählt. Darüber hat die Staatsregierung konkrete Auskunft zu erteilen. Inakzeptabel ist, dass in der kalten Jahreszeit, die vor der Tür steht, Menschen in Zelten untergebracht werden.

Nicht hoch genug einzuschätzen ist das rasche Handeln der Landkreise und Kommunen, um quasi über Nacht zumindest vorübergehend Unterbringungsmöglichkeiten für die vielen Asylsuchenden und Flüchtlinge zu schaffen. Ohne dieses unbürokratische und engagierte Handeln hätte das Flüchtlingsdrama noch größere Ausmaße angenommen. Zu danken ist auch den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen für ihre kritischen Anregungen, welche die Verfehlungen der bayerischen Asyl- und Flüchtlingspolitik klar benannt und einen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Staatsregierung die Notwendigkeit einer zumindest teilweisen Kurskorrektur erkannt hat.